

## Antrag

der SPD-Fraktion,  
der CDU-Fraktion und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Die Zukunft der Landwirtschaft durch weitere Maßnahmen zum Bürokratieabbau stärken**

Der Landtag stellt fest:

Die Landwirtschaft im Land Brandenburg hat einen großen Stellenwert als Wirtschaftskraft im ländlichen Raum und leistet einen sehr wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherung in der Region Berlin-Brandenburg. Vor diesem Hintergrund kommt der Branche auch in Zukunft ein besonderer Stellenwert zu.

Die Proteste der Landwirtinnen und Landwirte um den Jahreswechsel 2023/2024 richteten sich zunächst konkret gegen die Streichung der Rückerstattung der Agrardieselsteuer auf Bundesebene. Insgesamt waren die Proteste jedoch Ausdruck einer sehr umfassenden und über Jahre aufgebauten großen Unzufriedenheit im Berufsstand, die sich aus der Summe von gestiegenen Kosten und gesunkenen Markterlösen, sowie überbordender Bürokratie und Dokumentationspflichten herausgebildet hat. Der Ukrainekrieg und weiterer Krisen haben die Lage noch einmal verschärft.

Die Brandenburger Landesregierung reagierte frühzeitig, nahm zeitnah Verhandlungen mit den Fachverbänden auf und positionierte sich auch im Bundesrat. Nun kommt es darauf an, den begonnenen Dialog mit dem Ziel, die Brandenburgische Landwirtschaft langfristig zu stärken, konstruktiv weiterzuführen und u.a. Vorschläge zum Bürokratieabbau aus der Praxis, sofern möglich, anzugehen.

Der Landtag möge beschließen:

Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung aufgefordert, den begonnenen Dialog zum Bürokratieabbau konsequent und ergebnisorientiert fortzusetzen und in einen kontinuierlichen Prozess zu überführen. Dabei sollen die organisatorischen Abläufe in den zuständigen Ressorts entsprechend ausgerichtet werden. Der Schwerpunkt soll dabei auf den nachfolgenden Projekten liegen:

- Reduzierung der Anforderungen der Stoffstrombilanz auf das notwendige Maß
- Vermeidung von Doppelbesichtigungen und doppelten Dokumentationspflichten von Betrieben in Arbeitsschutz- und Berufsgenossenschaftsfragen unter Berücksichtigung gesetzlicher Regelungen und Praxis anderer Bundesländer
- Kontrollen von Tierkrankheiten an das tatsächliche Risiko anpassen

- Schaffung von datenschutzkonformen Voraussetzungen zur Reduzierung des Eingabeaufwandes für die Landnutzenden und des Kontrollaufwandes für die Verwaltung
- Abschaffung der verpflichtenden Dauergrünlandwerdung nach 5 Jahren
- Verbesserung der Antragssoftware für den ELER-Antrag und Prüfung der Ausweitung der Antragsfristen
- Rechtskonforme Entbürokratisierung und einheitlicher Vollzug des Grundstücksverkehrs in den Landkreisen

#### Begründung:

Im Dialog von Landwirtschaftsverbänden und Politik auf Bundes- und Landesebene hat sich das Thema „Bürokratieabbau“ als von übergeordneter Bedeutung herauskristallisiert. Nun kommt es darauf an, den politischen Willen aller Beteiligten in einen strukturierten Prozess zu überführen. Da sich sehr viele Bereiche der Agrar- und Umweltpolitik aus EU- und Bundesrecht ableiten, sind alle politischen Ebenen in diesen Prozess mit einzubinden.

Die Landesregierung ist in einem engen Austausch mit den Brandenburger Landwirtinnen und Landwirten, um eine zukunftsfeste und stabile Landwirtschaft zu sichern. Seit Anfang des Jahres werden gemeinsam mit dem Landesbauernverband Gespräche geführt, um weitere Möglichkeiten für einen Bürokratieabbau und Arbeitserleichterungen zu finden. Die 55 Vorschläge für Bürokratieabbau in der Landwirtschaft wurden vom Landesbauernverband als konkrete Vorschläge aus dem Berufsstand vorgelegt und bilden eine wichtige Basis für die Gespräche.